

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(42. - öffentliche - Sitzung am 19. November 2015)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch den Chef der Staatskanzlei über den Entwurf des Neunzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag - 19. RÄStV)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Mediengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4540](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Gesetzentwurfs auf und erörterte Verfahrensfragen. In diesem Zuge bereitete er eine Anhörung vor und besprach Terminfragen.

3. **Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Online-Angebote von Zeitungen und anderen Medien**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3320](#)

Die Koalitionsfraktionen kündigten die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

4. **Digitaler Binnenmarkt in Europa: Chancen für Niedersachsen nutzen!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3839](#)

Die Koalitionsfraktionen brachten im Zuge der Fortsetzung der Beratung einen Änderungsvorschlag (Vorlage 2) ein. Auf dieser Grundlage schloss der Ausschuss die Beratung ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags (Vorlage 2) anzunehmen.

5. **Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4524](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag und begann mit der Vorbereitung einer für den 28. Januar 2016 vorgesehenen Anhörung. Die Fraktionen wurden gebeten, gegenüber der Landtagsverwaltung bis zum 27. November 2015 Anzuhörende und die Art ihrer Anhörung (schriftlich, mündlich) zu benennen. Abschließend soll über die Anzuhörenden in der Sitzung am 3. Dezember entschieden werden. Ferner wurde die Landtagsverwaltung gebeten, eine Übersicht zu thematisch ähnlich gelagerten Beschlüssen anderer Landtage bzw. Landesregierungen vorzulegen.

6. **Nachlese zur 38. Sitzung des Ausschusses am 24. September 2015 in Coevorden (Niederlande)**

Der Ausschuss erörterte den Umgang mit den in jener Sitzung gewonnenen Erkenntnissen und fasste weitere niederländisch-niedersächsische Beratungen im Spätsommer 2016 ins Auge.

7. **Unterrichtungen durch die Landesregierung**

- a) Schriftliche Unterrichtung über den Sachstand und Inhalt des neuen Europäischen Konjunkturprogramms EFSI

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

- b) Unterrichtung durch die Landesregierung zur Flüchtlingssituation in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung europapolitischer und regionalentwicklunglerisch bedeutsamer Aspekte

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber mit Vertretern der Staatskanzlei und der Ständigen Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU eine Aussprache. In diesem Zuge sagte die Landesregierung die Bereitstellung ergänzender Informationen zu.

8. **Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 12. November 2015 auf Unterrichtung über den neu vorgelegten LROP-Entwurf der Landesregierung (siehe dazu angefügtes Schreiben der CDU-Fraktion vom 12. November 2015 - Anlage zur Einladung -)**

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Fraktionen der CDU und der FDP ab. Die CDU-Fraktion stellte in Aussicht, zum Themenkomplex „LROP und Regionalentwicklung“ einen stärker spezifizierten Antrag auf Unterrichtung zu stellen.

9. **Ausschussreise im ersten Halbjahr 2016 auf die Iberische Halbinsel**

Der Ausschuss setzte die Planung der Informationsreise fort, verständigte sich im Hinblick auf die Genehmigung der Reiseplanung durch den Ältestenrat auf die Wahrnehmung von Terminen in Barcelona, Madrid und Lissabon und ergänzte die Liste möglicherweise zu behandelnder Themen.

10. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Der Ausschuss bat die Landtagsverwaltung, ihm die in der gestrigen 95. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen entgegengenommene Unterrichtung durch die Landesregierung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Bundesratsdrucksache 455/15) zu übersenden.

11. **Terminabsprachen, Verschiedenes**

Der Ausschuss setzte die Termin- und Sitzungsplanung fort.